

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
2
3

4 **Politik zurück an die Hochschulen holen – Allgemeinpolitisches Mandat für die Vertretung der**
5 **Studierenden!**
6

7 Das jetzige hochschulpolitische Mandat erlaubt es den gewählten Vertretungen der Studierenden nicht zu
8 allen gesellschaftlich relevanten Themen Stellung zu beziehen und eigene Maßnahmen zu ergreifen und
9 schränkt damit dem Spielraum eines AStAs einer Hochschule weitreichend ein. Gegenwärtig scheint es, als
10 würde die politische Arbeit der Vertretung der Studierenden, der ASten, seitens der Hochschulen stark
11 eingeschränkt oder sogar verhindert.
12

13 Nichtsdestotrotz ist diese Trennung eine künstliche, die in der Praxis immer wieder zu Konflikten und
14 Unklarheiten führt, da der Übergang zwischen Hochschulpolitik und Allgemeinpolitik fließend ist.
15 Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen berühren zwangsläufig auch das Leben der Studierenden und die
16 Angelegenheiten der Studierenden beschränken sich somit nicht nur auf die Hochschulpolitik, sondern
17 werden auch von allgemeinpolitischen Belangen berührt, zu denen sich der AStA als Vertretung der
18 Studierenden äußern können sollte.
19

20 Der Ausschluss des AStAs aus gesellschaftlichen Debatten führt nicht nur dazu, dass die Interessen der
21 Studierenden leichter übergangen werden können, ebenso verstärkt es die Entpolitisierung der
22 Hochschulen.

23 Diese sollten jedoch keine politikfreien Räume sein, sondern Teil der Gesellschaft und damit auch politisch
24 gestaltbar. So ist doch die Frage, welche Zwecke die Wissenschaft für wen verfolgen soll, eine zutiefst
25 (allgemein-)politische. Auch hier ist es deswegen nötig, dass der AStA einer Hochschule sich zu allen
26 politischen Bereichen äußern darf.
27

28 Die momentane Trennung zwischen Hochschulpolitik und Allgemeinpolitik wird durch die
29 Pflichtmitgliedschaft in der verfassten Studierendenschaft begründet. So organisierte Körperschaften
30 dürften sich explizit nur für gruppenspezifische Interessen einsetzen. Jedoch kann man das
31 allgemeinpolitische Mandat durchaus als Mittel zum Zweck für die Durchsetzung genau diese Interessen
32 sehen.
33

34 Aus diesem Gründen sollte die Ausweitung des hochschulpolitischen Mandats zu einem
35 allgemeinpolitischen Mandat schnellstmöglich umgesetzt werden.